



Rede von
Guido van den Berg
Vorsitzender der Rhein-Erft SPD

auf der Veranstaltung
„Grundeinkommen - Chance oder Irrweg?“
am 2. Mai 2006 im Bergheimer Medio

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

herzlich darf ich Sie an diesem Frühlingsabend begrüßen. Nur einen Tag nach dem Tag der Arbeit beschäftigen wir uns mit einem Thema, das so gar nicht zum Tag der Arbeit zu passen scheint. Heute geht es um das Thema: Grundeinkommen. Und das Grundeinkommen will vor allem eines: das Aufhören mit der These, dass wir in unserer Gesellschaft Vollbeschäftigung schaffen können.

Man spürt, das rüttelt an unserem bisherigen Selbstverständnis. Übrigens nicht nur am Selbstverständnis der SPD. Ich erinnere an die Plakate der Parteien zu den letzten Wahlen: Bei der CDU hieß es: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ bei der SPD: „Die schönsten Plätze sind die Arbeitsplätze“. Die Grünen verkündeten: „Brüder durch Sonne zur Arbeit.“ und die FDP: „Arbeit muss sich wieder lohnen.“ Aber auch bei der PDS war zu lesen: „Arbeit soll das Land regieren“.

Niemand hatte im Wahlkampf die These parat, dass unserer Gesellschaft die Arbeit ausgehen könnte. Niemand wollte im Wahlkampf das Ende der Vollbeschäftigung verkünden.

Dabei ist der Grundzusammenhang, dass eine steigende volkswirtschaftliche Produktivität, die Menschen von der Arbeit entlastet unstrittig positiv zu sehen. Es ist nicht zuletzt ein Verdienst der Sozialdemokratie dafür gesorgt zu haben, dass auch die gesamte Gesellschaft am Produktionsfortschritt teilhaben sollte.

In den Zeiten der Industriellen Revolution war es zu einer gewaltigen Ausweitung der Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden pro Tag und damit 85 Stunden pro Woche gekommen. Nicht nur - aber eben doch ganz entscheidend auch die SPD - setzte sich dafür ein, dass eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsprozesse stattfand. In der Weimarer Republik konnte so eine Beschränkung auf 48 Stunden pro Woche durchgesetzt werden.

In den 60er Jahren folgten Flächentarifverträge mit 40 Stunden Woche. Wir alle wissen, dass der sektorale Strukturwandel und die Automatisierung dazu führten, die bisherige Produktivität in zahlreichen Bereichen mit immer weniger Arbeitskraft zu erzielen. Damals herrschte jene Vollbeschäftigung, auf die wir heute immer noch voller Neid schauen.

In zahlreichen politischen Positionierungen wird heute versprochen, dass wir diesen Zustand der Vollbeschäftigung wieder erlangen können. Wir bräuchten hierzu nur die „soziale Marktwirtschaft wieder zu erneuern“. Wobei einige Akteure eher einen ungezügelten Kapitalismus und weniger eine soziale Marktwirtschaft im Blick haben. Eine wesentliche Ursache für die Vollbeschäftigung der 50er und 60er Jahren scheint jedenfalls vergessen: 60 Millionen Tote im zweiten Weltkrieg.

Heute wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, ob heutzutage die These von der Vollbeschäftigung noch realistisch ist. Wir haben dazu Gäste eingeladen. Herr Dr. Sascha Liebermann von der Universität Dortmund. Seine These ist der Ausgangspunkt für unsere Diskussion. Ich darf zitieren:

„Die Arbeitslosigkeit ist das Resultat eines riesigen Erfolges – des gelungenen Projektes, mit immer weniger Arbeit immer mehr zu produzieren. Und es ist doch klar, dass wir nur einen Mechanismus brauchen, damit möglichst viele davon profitieren.“

Herzlich willkommen Herr Dr. Liebermann. Ferner begrüße ich Herrn Ralph Welter von der katholischen Arbeiterbewegung Aachen, der uns hierauf aufbauend sein Modell einer solidarischen Marktwirtschaft darstellen will. Herzlich Willkommen.

Natürlich kann man zu der heutigen Veranstaltung sagen, dass es gefährlich ist, ein visionäres Gesellschaftsmodell zu präsentieren, während das tägliche Handeln der SPD in der Regierungspolitik der Großen Koalition stattfindet. Das gebe ich zu. Und ich sage auch klar: Ich bin kein Freund davon, dass die einen schöne Ideen entwickeln und die anderen die Realität bearbeiten. Deshalb begrüßen wir auch ganz herzlich den Bundestagsabgeordneten Rolf Stöckel, der als Sprecher der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion heute die vorgestellten Thesen und Argumente mit der Arbeit der SPD als Regierungspartei spiegeln wird. Ebenfalls ein herzliches Willkommen.

Die Rhein-Erft SPD hat beschlossen, den Prozess der Debatte zu einem neuen Grundsatzprogramm aktiv zu begleiten. Und da dieser Kreisverband zu Recht stolz darauf ist, auch in der Vergangenheit auch kritische Themen aufgegriffen zu haben, scheuen wir uns nicht, die Vision eines Grundeinkommens hier und heute zur Diskussion zu stellen.

Ferdinand Lassalle hat das 1882 bereits auf den Punkt gebracht: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“

Die SPD im Rhein-Erft-Kreis kommt mit der heutigen Veranstaltung der Aufforderung unseres designierten Parteivorsitzenden Kurt Beck nach, der zum Beginn der Programmdebatte vor zwei Wochen in Berlin sagte:

„Lassen Sie uns die Fragen, die gestellt sind, zulassen, auch wenn sie unbequem sein mögen. Lassen Sie uns die Dinge, die die Menschen bedrücken, aussprechen, damit wir diese Diskussion nicht über ihre Köpfe hinweg, sondern mit ihnen und in ihrem Interesse zu führen in der Lage sind.“

So verstehe ich unsere heutige Veranstaltung und ich freue mich auf eine sicher spannende Diskussion.